



## Presseerklärung 13.4.2015

### *Hamburger Bündnis für schulische Inklusion*

#### **Schulische Inklusion in der Koalitionsvereinbarung - Ein großes Versprechen und erste Schritte**

„Die Koalitionspartner erklären die Inklusion zu ihrer gemeinsamen Priorität. Wir werden mit einem umfassenden Konzept die Förderung von Kindern mit Behinderungen oder sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache oder soziale und emotionale Entwicklung verbessern.“<sup>1</sup>

Das Hamburger Bündnis für schulische Inklusion<sup>2</sup> begrüßt diese Prioritätensetzung.

Als erste Schritte in die richtige Richtung bewertet das Bündnis folgende Aussagen in der Koalitionsvereinbarung:

1. Die Inklusion soll ein zentrales Thema der Schulentwicklung und der Fortbildung werden durch die Fokussierung der Angebote des Landesinstitutes auf diese Aufgabe.
2. In der Lehrerausbildung soll die Inklusion ein Schwerpunkt werden.
3. Der Schulversuch *alles>>können* soll verlängert werden. Damit wird den teilnehmenden Schulen u.a. ermöglicht, kompetenzbezogene Zeugnisse anstelle von Noten bis Ende Jg.8 zu geben.

#### **Halbherzige und widersprüchliche Aussagen zur besseren Personalausstattung – 230 Stellen fehlen**

Einerseits heißt es in der Koalitionsvereinbarung: „Das bisher pauschal zugewiesene Personal für förderbedürftige Kinder an den Stadtteilschulen soll ... bezogen auf die tatsächliche Zahl der sonderpädagogisch förderbedürftigen Kinder zugewiesen werden.“

Andererseits sollen laut Koalitionsvereinbarung die zusätzlichen Lehrerstellen für die Inklusion bis 2020 schrittweise nur um 120 anwachsen.

Das reicht für die von der Schulbehörde selbst ermittelte stark gewachsene Schülerzahl mit Förderbedarf im Bereich Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung (LSE) nicht aus.

Bis 2020 werden für die Grund- und Stadtteilschulen aufwachsend 350 zusätzliche Lehrerstellen für diesen Förderbereich benötigt.

Das Hamburger Bündnis fordert eine entsprechende Korrektur der Koalitionsvereinbarung auf zusätzlich 350 statt 120 Lehrerstellen für die Inklusion.

Diese Aufstockung der Lehrerstellen bezieht sich nur auf die Schüler und Schülerinnen mit dem Förderschwerpunkt LSE.

Zusätzlich müssen die Schulen, die Kinder mit den Förderschwerpunkten geistige und körperliche Entwicklung, Hören, Sehen und Autismus inklusiv unterrichten, personell so ausgestattet werden, dass sie eine vergleichbare Förderung, Therapie und Pflege wie die speziellen Sonderschulen gewährleisten können. Nur so wird für die SchülerInnen mit Behinderung und ihre Eltern das formale Recht auf Inklusion zu einem wirklichen Recht.

Zu diesem Bereich steht kein Wort in der Koalitionsvereinbarung.

Koordinierungsgruppe Hamburger Bündnis für schulische Inklusion

Pit Katzer [Pit.Katzer@t-online.de](mailto:Pit.Katzer@t-online.de) 01782140462 / Jenny Preiß [jennypreiss@posteo.de](mailto:jennypreiss@posteo.de) 017625447608  
Babette Radke [b.radke@gmx.de](mailto:b.radke@gmx.de) 01639277631 / Uwe Stiehler [Stiehler-Hamburg@t-online.de](mailto:Stiehler-Hamburg@t-online.de) 01602644272

<sup>1</sup> Koalitionsvertrag zwischen der SPD und Bündnis/Grüne 2015, S.83

<sup>2</sup> Dem Bündnis gehören 23 Organisationen an, darunter DGB, verdi, GEW, Eltern-,Lehrer-,Schülerkammer, Schulleitervereinigungen und viele Verbände von Eltern mit behinderten Kindern